



## Zusammenfassung der Ergebnisse von der Befragung „Wahlprüfsteine 2013“ Schwerpunkt 6: Staatsangehörigkeit/Mehrstaatigkeit

*Wir fragten die Parteien nach ihrer Position zur Forderung der generellen Anerkennung von Mehrstaatigkeit und zur Abschaffung der Optionspflicht.*

Die Parteien mit Ausnahme der **CDU/CSU** sind sich in der generellen Anerkennung von Mehrstaatigkeit recht einig.

**Bündnis 90/Die Grünen, SPD** und **Die Linke** sprechen sich explizit dafür aus. Diese Parteien scheinen die Einbürgerung nicht von besonderen zu nennenden Voraussetzungen abhängig zu machen, zumindest werden keine weiteren benannt. **Die Linke** ist allerdings die einzige, die längere Ausführungen vornimmt. Die Parteien **SPD, Bündnis 90/Die Grünen** und **Die Linke** lehnen die Optionspflicht ab.

**Christlich-  
Demokratische Union/  
Christlich-Soziale Union  
in Bayern**






Die **CDU/CSU** „werben für die Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit und lehnen die regelmäßige Hinnahme von Mehrstaatlichkeit aus guten Gründen ab“. Sie wollen das Verbindende einer gemeinsamen Staatsangehörigkeit erhalten und sprechen sich gegen den Erwerb ausschließlich aus persönlichen Opportunitätsgründen ab. Dies sei bei mehreren Staatsangehörigkeiten der Fall. Sie sehen im Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft eine bewusste Entscheidung für Deutschland sowie das Eingehen einer engen Beziehung zu Deutschland und nicht die Aufgabe der Herkunft eines Menschen. Zum Optionsmodell stellen sie fest, dass sich die meisten jungen Erwachsenen für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden und dies begrüßen sie ausdrücklich.

**Freie Demokratische  
Partei**

Die **FDP** wählt eine andere Begrifflichkeit und spricht von einer grundsätzlichen Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft. Sie möchte auch weiterhin für die deutsche Staatsangehörigkeit werben, die bereits nach 4 Jahren erworben werden kann,



**verband binationaler  
familien und partnerschaften**

	wenn besondere Integrationsleistungen erbracht wurden. Zur Abschaffung der Optionspflicht äußert sich die <b>FDP</b> nicht.
<p><b>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</b></p> 	Die <b>SPD</b> möchte das Optionsmodell „durch eine Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes“ abschaffen.
<p><b>Bündnis 90/Die Grünen</b></p> 	<b>Bündnis 90/Die Grünen</b> beruft sich auf das Ergebnis der Sachverständigenanhörung, dass die „Abschaffung des Optionszwangs verfassungsrechtlich geboten, rechtlich möglich und integrationspolitisch sinnvoll wäre.“
<p><b>Die Linke</b> <b>DIE LINKE.</b></p>	<b>Die Linke</b> hat bereits mehrfach im Bundestag die Rücknahme der Optionspflicht gefordert, die dem „überholten Dogma der Vermeidung von Mehrstaatigkeit entspricht.“ Sie lehnt Gesinnungstests oder Staatsbürgerkunde bei der Einbürgerung ab und fordert geringe Gebühren.